

Europäische Arbeitnehmerkonferenz • Paris, 7.-8. Februar 2009

Aufruf

Wir, die Delegierten aus 21 Ländern Europas, die sich in Paris am 7.-8. Februar 2009 zur Europäischen Arbeitnehmerkonferenz versammelt haben, beschließen, uns mit einem dringlichen Aufruf an alle gewerkschaftlich und politisch engagierten Kolleginnen und Kollegen und an die Ausgebeuteten in ganz Europa zu wenden.

Kolleginnen und Kollegen,

wir alle erleben heute eine neue, alles bedrohende Wende in unserer Geschichte.

Die gescheiterten Führungsverantwortlichen eines unter unseren Augen verfallenden kapitalistischen Systems, die unsere Länder in eine tiefe Krise getrieben haben, wollen sich offenbar nicht damit zufrieden geben, hunderttausende ArbeitnehmerInnen auf die Straße zu werfen, und weitere Tausende, v.a. Jugendliche und Rentner, an den Rand der Gesellschaft zu drängen. Diese Damen und Herren versuchen nun, zur Rettung ihres Ausbeutungssystems den schändlichsten Krieg zu provozieren, einen Krieg zwischen den ArbeitnehmerInnen selbst.

Gordon Brown hat es soeben gewagt, britische Arbeiter als „Nationalisten“ und „Rassisten“ zu beschimpfen, die einen für illegal erklärten Streik für die Verteidigung ihrer gewerkschaftlichen Rechte begonnen haben und dafür, dass alle ArbeitnehmerInnen, egal woher sie stammen, die gleichen Rechte haben. Dabei trägt Brown selbst die gesamte Verantwortung dafür, dass er diese britischen KollegInnen zu lebenslanger Arbeitslosigkeit verurteilt, wenn er die EU-Richtlinien und die Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) umsetzt. Denn diese ermöglichen den Kapitalisten eine gnadenlose Überausbeutung vieler eingewanderter ArbeitnehmerInnen, denen unter Verstoß gegen alle nationalen Gesetze schändliche Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgezwungen werden.

Im Namen der „Freizügigkeit für die ArbeitnehmerInnen“ und des „freien, unverfälschten Wettbewerbs“, den Grundsätzen der EU wagt es dieser gleiche Gordon Brown, unterstützt von Vladimir Spidla, dem EU-Kommissar für Beschäftigung, die Legitimität der Anwerbung portugiesischer und italienischer Arbeiter durch den französischen Ölkonzern Total für die Raffinerie Lindsay zu verteidigen. Diese Arbeiter wurden in Containern am Hafenkai untergebracht, um ihre Arbeitskosten und folglich ihre Löhne noch tiefer zu drücken.

Wir fragen:

Wer nährt Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, wenn nicht die EU selbst mit ihren Richtlinien und den EuGH-Urteilen (Laval, Viking, Rüffert und Luxemburg), die alle zu einer umfassenden Deregulierung der Arbeit geführt haben?

Wer sonst als die EU droht die ArbeitnehmerInnen unserer Länder im Namen der Freizügigkeit, der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, der Regionalisierung, in eine Kette gewaltsamer Konflikte hineinzuziehen? Erinnert uns das nicht an das Drama des Balkankrieges vor knapp 15 Jahren?

Wer hat gestern z.B. das Dell-Computerunternehmen ermutigt, polnische ArbeitnehmerInnen für sein Werk in Irland anzuwerben?

Wer ermutigt Dell heute dazu, 1.900 polnische und irische ArbeitnehmerInnen in Irland zu entlassen und seine Produktion nach Polen und in die Ukraine zu verlagern?

Solches geschieht nicht nur in Irland, sondern ebenso in Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Ungarn, Polen, Tschechien, Dänemark, Rumänien...

Wer ermutigt die Vorstandsbosse der Großkonzerne der Autoindustrie, der Chemieindustrie, der Bauindustrie, der Banken, dieses gigantische, todbringende Monopoly-Spiel in ganz Europa zu spielen?

Unsere Antwort: Das ist die Europäische Union selbst.

Wir klagen die Europäische Union, ihre Institutionen, Verträge und Richtlinien an, nur ein Ziel zu verfolgen: die Deregulierung, die Privatisierung der öffentlichen Dienste, die Liquidierung des sozialen

Sicherungssystem und des öffentlichen Bildungswesens, und die Organisierung einer gewissenlosen und gesetzlosen Konkurrenz zwischen den ArbeitnehmerInnen, um die Arbeitskosten immer weiter zu drücken.

Wir klagen die Europäische Union an, die heute ihr völliges Scheitern offenbart, auch nur den kleinsten Ansatz für ein harmonisches Europa zu geben; dass sie nur eine Aufgabe hat: Sie soll ein Markt sein und unter dem pompösen Etikett des „Konjunkturpakets“ die Pläne für die Plünderung der öffentlichen Haushalte in jeder unserer Nationen koordinieren. Das dient ausschließlich den Kapitalisten, Bankiers und Finanzspekulanten, die uns in die Katastrophe treiben.

Warum sollten die Organisationen, die die Arbeiterschaft zu ihrer Verteidigung aufgebaut hat, – die Gewerkschaften, Parteien, die Arbeiterbewegung insgesamt –, es hinnehmen, dass man sie zur Unterwerfung unter dieses Diktat zwingt?

Wir wenden uns an alle ArbeitnehmerInnen, an alle engagierten KollegInnen in allen Ländern, um sie aufzufordern, sich mit uns gemeinsam die alte Losung der internationalen Arbeiterbewegung wieder zu eigen zu machen: „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“ Eine Losung, die mehr denn je für die ArbeitnehmerInnen in Europa und weltweit zutrifft, weil alle ihre Errungenschaften in Frage gestellt werden.

Vereinigen wir uns gegen die Politik der Europäischen Union und ihrer Institutionen!

Vereinigen wir uns, um dem Kampf der ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften in Irland unsere volle Unterstützung für das „Nein“ zum Lissabon-Vertrag zu geben.

Vereinigen wir uns, um in jedem Land die Forderung des Verbots von Entlassungen und Arbeitsplatzvernichtung und die Forderung nach einem Arbeitsplatz für alle zu verbreiten. Machen wir daraus die zentrale Achse für die Verwirklichung der Einheit der ArbeitnehmerInnen und ihrer Organisationen.

Vereinigen wir uns dafür, dass die Bankiers, Spekulanten und Kapitalisten in jedem unserer Länder die hunderte Milliarden Euro zurückgeben müssen, damit sie für unser Bildungswesen, unsere Universitäten, unsere Krankenhäuser, unsere öffentlichen Dienste verwendet werden können.

Vereinigen wir uns für die Verwirklichung der Losung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und damit für die Aufhebung der EU-Richtlinien zur Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes. Wir wollen, dass die Flächentarife überall und die Dienstrechtsverträge im öffentlichen Dienst unserer Länder wieder respektiert werden.

Die Zeit drängt, wenn wir den kommenden Generationen eine Zukunft garantieren wollen.

In dieser Richtung werden die ArbeitnehmerInnen in unseren Ländern mit ihren Organisationen angesichts des Bankrotts der Europäischen Union einen entscheidenden Schritt tun auf dem Weg zu einer wirklichen, freien Zusammenarbeit der Völker, zu einem freien Bund der ArbeitnehmerInnen, Völker und freien Nationen Europas.

Auf diesem Wege wird endlich Frieden in Europa einkehren, denn dieser beruht auf der Solidarität der ArbeitnehmerInnen und Völker, die von den tödlichen Anforderungen der Krise des Kapitals befreit sind.

Wir verpflichten uns auf dieser Europäischen Arbeitnehmerkonferenz am 7.-8. Februar 2009, unser Handeln für diese Ziele zu koordinieren und in jedem unserer Länder Versammlungen, Kundgebungen, gemeinsame Kampagnen zu organisieren. Als erster Termin steht die Organisierung einer internationalen Delegation zum Europäischen Gerichtshof an.

ErstunterzeichnerInnen:

Belgien: Jeannine Chaineux (CGSP); Roberto Giarroco (CGSP-FGTB); Rudy Janssens (CGSP-FGTB); Philippe Larsimont (Bewegung zur Verteidigung der ArbeitnehmerInnen (MDT)); Henri-Jean Ruttiens (SETCa-FGTB); Rick Steeland (BBTK).

Dänemark: Eva Hallum (Gewerkschaftskommission der Volksbewegung gegen die Europäische Union); Per Sorensen (Gewerkschaftskommission der Volksbewegung gegen die Europäische Union); Kirsten Annett Christensen (LFS); Bent Langesen (Bauarbeitergewerkschaft).

Deutschland: Michael Altmann (SPD-AfA, ver.di); Heinrich Becker (GEW-Landesvorstand); Carla Boulboullé (GEW); Gabriele Brandt (ver.di); Kerstin Bunz (ver.di); Udo Eisner (IG Metall); Ellen Engstfeld (SPD, ver.di); Elke Falk (ver.di); Henning Frey (SPD, GEW); Eva Gürster (SPD, ver.di); Julian Gürster (IRJ, ver.di); Mirco Kischkat (SPD-AfA, ver.di); Peter Kreutler (SPD-AfA, ver.di); Gotthard Krupp (SPD-AfA, ver.di); Hans-Jürgen Mees (ver.di); Norbert Müller (ver.di Banken); Lothar Ott (SPD, GEW); Ingo Röser (GEW); Klaus Schüller (SPD-AfA, DGB); Anna Schuster (ver.di); H.-W.

Schuster (SPD-AfA, ver.di); Günter Schwefing (ver.di); Beate Sieweke (SPD-AfA, ver.di); Christiane Treffert (GEW); Dirk Weiß (SPD, IGBCE); Mechthild Wellems (ver.di); Monika Wernecke (ver.di).

Frankreich: Frank Arnold (POI (Unabhängige Arbeiterpartei); Pierre Besse (Eisenbahnergewerkschaft); Daniella Bettenfeld (Komitee zur Verteidigung der Grenzgänger-Arbeiter an der Mosel); Daniel Chalier (Gewerkschaft Gesundheitswesen); Daniel Collin (Eisenbahnergewerkschaft); Francis Coudeville (Gewerkschafter); Jean-Claude Denis (nationales Büro der POI); Jean-Louis Destenay (nationales Büro der POI); Claire Dreidemy (POI); Jacques Girod (Gewerkschafter); Daniel Gluckstein (nationaler Sekretär der POI); Pierre Jeanneney (permanentes Sekretariat der POI); Claude Jenet (nationaler Sekretär der POI); Christel Keiser (nationales Büro der POI); Abdou Koté (Manifest für die gewerkschaftliche Unabhängigkeit); Jean-Charles Marquiset (nationales Sekretariat der POI); Jean Mennecier (POI); Adelaide Marine-Gougeon (AJR-Revolutionärer Jugendbund); Pierre-Axel Montermier (AJR); Marika Kovacs (POI); Sandra Renda (Grüne); Pascal Samouth (Gewerkschafter); Marie-Claude Schidlower (POI); Gerard Schivardi (nationaler Sekretär der POI); Daniel Shapira (POI); Patrice Sifflet (Manifest für die gewerkschaftliche Unabhängigkeit); Dominique Vincenot (POI).

Griechenland: Loukas Korfiatis (OLME).

Großbritannien: Peter Collier; Nick Philipps (BETCU); Tony Richardson (Bäckergewerkschaft, Mitgl. Labour Party).

Italien: Ugo Groce (Redaktion »Tribuna Libera«); Elisabeth Raineri (Komitee »Nein zur Europäischen Union, für Demokratie und öffentlichen Dienst«); Lorenzo Varaldo (UIL-Lehrergewerkschaft Turin); Vanna Ventre (Komitee »Nein zur Europäischen Union, für Demokratie und öffentlichen Dienst«).

Kasachstan: Ivan Boulgakov (Gewerkschaftsbund »Verteidigung der Arbeit«).

Moldawien: Alexandre Lomakine (»Volkswiderstand«).

Polen: Helena Wolska.

Portugal: Carmelinda Pereira (POUS).

Rumänien: Constantin Cretan (Nationaler Gewerkschaftsbund); Marian Tudor (Vereinigung für die Befreiung der Arbeiter).

Schweden: Gösta Torstensson (Bewegung für das Nein zur Europäischen Union); Jan-Erik Gustafsson (Bewegung für das Nein zur Europäischen Union).

Schweiz: Albert Anor (PSS, Gewerkschaft Öffentlicher Dienst / SSP-VPOD); Sébastien Fabregas (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst / SSP-Gesundheitswesen); Andrea Riman (AGT, Parti du travail); Max Robert (PSS, SSP); Eric Voruz (PSS, UNIA).

Serbien: Pavlusko Imsirovic (Vereinigung für Arbeitnehmerpolitik); Jacim Milunovic (Gewerkschaft Nahrungsmittel); Djuro Velickovic (Gewerkschaft EPS).

Spanien: Maria Baena (UGT); Jesus Bejar (Metallergewerkschaft, CCOO Madrid); Pablo Garcia Cano (Metallergewerkschaft, CCOO Madrid); Luis Gonzalez (Gewerkschaft Gesundheitswesen, CCOO Sevilla); Micky Gonzalez (Lehrergewerkschaft, UGT Barcelona); José Antonio Iniesta (PSC-UGT); Manuel Iniesta (CCOO-IU); Koldo Mendez (PSE-EE-PSOE); Mayté Montaner (UGT); Javier Moro (UGT); Blas Ortega (FSP-UGT); Rosaura Perez (UGT); Baltazar Santos (UGT).

Tschechoslowakei: Jela Jurickova (»Tschechoslowakisches Bulletin«); Jan Tesar (»Tschechoslowakisches Bulletin«); Petr Schnur (»Tschechoslowakisches Bulletin«).

Türkei: Mustafa Cubuk (Partei der Arbeitersolidarität IKP); Dogan Fennibay (Partei der Arbeitersolidarität IKP).

Ungarn: Klara Anyiszonyan (Europäische Arbeitnehmerverbinding); Pal Aradi (BCKSz); Eva Kiss Aradiné (Organisation FIBU-MIK); Laszlo Asztalos (Gewerkschaft »Arbeiterräte«); Fruzsina Balta (Studentin, Linke Jugend Ungarn); Janosne Bärány (Gewerkschaft »Arbeiterräte«); Judit Somi (Europäische Arbeitnehmerverbinding). (Angaben in Klammern nur zur Information)

Ich unterstütze diesen Aufruf

in meinem Namen im Namen meiner Organisation

Name, Vorname:

Organisation/Funktion:

Adresse:

E-Mail:

Tel./Handy:

Kontaktadressen:

Entente européenne des travailleurs

87, rue du Faubourg-Saint-Denis, 75010 Paris, France

E-Mail: Entente-européenne-des-travailleurs@orange.fr

für Deutschland:

Carla Boulboulé, Postfach 120 755, 10597 Berlin; E-Mail: Carla.Boulboulle@t-online.de